

# Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Dresden, Donnerstag den 28. November 1912. 23. Jahrg.

276.

## Teuerung und Reichstag.

Die erste Aktion im wiederverammelten Reichstag galt der Verfolgung des deutschen Volkes mit den höchsten Lebensmitteln, insbesondere mit Fleisch. Die demokratische Fraktion ist es, die sofort diese wichtige Angelegenheit vor dem Reichsparlament nachdem ihre früheren Bemühungen auf zeltigeren Tag des Reichstages an dem Absolutismus der Regierung und der Gleichgültigkeit der bürgerlichen Parteien waren. Wäre es nach den bürgerlichen Parteien, so würde sich der Reichstag um diese Hauptfrage überhaupt herumgedrückt haben. Denn allen Beteiligten ist die Behandlung dieser Angelegenheit außerordentlich wichtig. Die Abgeordneten der demokratischen Fraktion sind sich der schwere Teuerungsalarm nicht abzugeben, da sie aber auch mit Rücksicht auf die Landwirtschaft die Abhilfemaßnahmen zu treffen sich nicht getrauen.

Die Teuerungsdebatte darauf ging die Vervollständigung des Präsidiums. Die in den letzten Wochen währende Frage, wie das Präsidium besetzt werden sollte, ist nun ohne jede weitere Verwicklung. Die Verlierer Konventionen und des Zentrum gab weiße Fetten gegen himmel Nationalliberale, Fortschrittliche Volks- und Sozialdemokraten für Dr. Kaempf, der mit ihnen als gewählt erklärt wurde. Unsere Fraktion hat nun Anlaß bei dieser Gelegenheit, wie es im Rahmen d. J. geschah, zunächst eine eigene Kandidatur aufzulegen.

Die Interpellation über die Fleischteuerung wurde durch Herrn v. Bethmann-Hollweg im Reichstag über die Teuerung des Fleisches

Beilagegeheß, dessen extreme Sperrbestimmungen, als sie von den Parteien gefordert wurden, von der Regierung heftig bekämpft wurden, während jetzt Bethmann und Schorlemer erklären, daß sie mit diesem § 12 stehen und fallen! Scharfend geistige Scheidemann die agrarische Politik, die dem Volke vorliegt, daß man gesundheitsfördernde Maßnahmen treffe, während in Wahrheit alles auf die Fernhaltung ausländischer Konkurrenz angelegt ist. Schließlich warnte Scheidemann die Verhinderer mit ernstlichen Worten, nicht mit der Geduld des geduldeten deutschen Volkes zu spielen und den Vogen nicht zu überbannen. Er forderte, daß wenigstens die schlimmsten Schädigungen in der Volksernährung beseitigt werden. Weshalb dies nicht — die Sozialdemokratie werde den Schaden davon nicht haben!

Die Antwort des Reichskanzler war recht milt und geringfügig. Fast konnte man den Eindruck haben, als sei der Herr v. Bethmann-Hollweg selbst nicht ganz mit dem Herzen bei der Sache, die er verteidigen muß, als fühle er das Gewicht der agrarischen Sklavensklotte die er schleppt. Er behauptete natürlich wieder die Ernährungsschwierigkeiten, da die ehemalige Ableitungsmethode nicht mehr möglich ist. Aber es gehe nicht anders „im Interesse der Landwirtschaft“, besonders der Kleinbauern, die das Schwein aufziehen. Davon sprach er nicht, daß den Kleinbauern für Herabsetzung der Fleischzölle und reichlicher Fleischzufuhr reichlicher Ertrag geboten werden kann durch Erniedrigung der Kornzölle und Futtermittelzölle. Herr v. Bethmann-Hollweg berief sich ferner wohl dreimal darauf, daß die Teuerung doch eine allgemeine und internationale Erscheinung sei. Aber er umging die Tatsache, daß die Teuerung in Deutschland noch ganz besonders erhöht wird durch die Zölle und die Grenzverweigerung. Er will eben nicht sehen, daß die hohen Zölle ihren eigentlichen Entscheidungsgrund verloren haben, wenn auch auf dem Weltmarkt die Preise hoch gestiegen sind. Mit der billigen Konkurrenz des Auslandes wurde doch diese ganze Zollpolitik begründet. Jetzt weist man auf die hohen Preise auch im Auslande hin und verweigert dennoch jede Herabsetzung der Zölle. Festhalten an der „bewährten Wirtschaftspolitik“ — das war das Schlusswort des obersten Reichsbeamten, das mit einer tiefen Trauervolles von den agrarischen Vätern belohnt wurde.

Die folgenden Redner, Giesberts vom Zentrum und Dr. Böttger von den Nationalliberalen, sprachen dann vor stark entleertem Hause. Ueber die Stellung der Parteien wird zusammenschließend berichtet werden, sobald die Debatte, die am Freitag fortgesetzt wird, sich weiter entwickelt hat.

Vor Schluß der ersten Teuerungssitzung gab es noch eine bemerkenswerte Geschäftsideenordnungsdematte. Die sozialdemokratische Fraktion machte zum ersten Male Gebrauch von der neu geschaffenen Bestimmung in § 33a der Geschäftsordnung, die den Interpellationen einen gewissen flüchtigen Abbruch zu geben ermöglicht. Die Bestimmung belagt, daß der Reichstag eine Festsetzung treffen kann, ob die Verhandlung einer Frage durch den Reichskanzler den Anschauungen des Reichstages entspricht oder nicht entspricht. Dies ist eine milde Form eines parlamentarischen Vertrauens- oder Mißtrauensvotums. Der betreffende Antrag unserer Fraktion, den sie sofort nach der Rede des Herrn v. Bethmann-Hollweg einbrachte, lautet:

Der Reichstag wolle beschließen:

Die Verhandlung der Teuerungssfrage durch den Reichskanzler entspricht nicht den Anschauungen des Reichstages insofern der Reichskanzler nicht die Öffnung der Grenzen zur Einföhrung von Schlachtwild veranlaßt hat; insofern er nicht die Suspendierung der Zölle auf Schlachtwild, Fleisch und Futtermittel verlangt; insofern er nicht die vom Reichstag am 20. März 1912 geforderte Änderung des Gesetzes, betreffend die Schlachtvieh- und Fleischschleusen, in die Wege geleitet hat, um die Einföhrung von Gefrierfleisch zu ermöglichen; insofern er erleichternde Maßnahmen für Schlachtvieh- und Fleischzueg nur für bestimmte Arten von Gemeinden eingeföhrt hat.

Abgeordneter Baffermann erklärte es als zweifelhaft, ob der Antrag in dieser Form zulässig sei. Er neigt dazu, daß eine spezialisierte Aufzählung oder Begründung nicht gestattet werden könne, sondern daß ausschließlich der erste Satz des Antrages der Geschäftsordnung entspreche. An der Erzöhrung über die Frage beteiligten sich außer gegenwärtigen Rednern auch wiederholt Mitglieder unserer Fraktion. Der Kern der Sache ist der: Wenn Baffermanns Auffassung gelten sollte, so könnte nur bei ganz wichtigen Anlässen ein allgemeines Urteil über die Regierung vom Reichstag abgegeben werden. Dabei würden Parteien mit ganz verschiedenen Ansichten zum gleichen Votum vereinigt erscheinen können, es könnten zum Beispiel Hochagrarien mit den Sozialdemokraten gegen die Regierung stimmen. Die sozialdemokratische Auffassung geht dahin, daß der Reichstag auch das Recht haben müsse, einzelne Handlungen der Regierung zu tabeln, womit zugleich die Parteien in die Lage gesetzt werden, über ihre Eröhrung zu den betreffenden Fragen Klarheit zu schaffen. Gerade dies scheint aber den Herren Baffermann, Schröder und nicht recht zu passen. Die Frage bleibt noch unentschieden. Vermutlich wird ihre Ueberweisung an die Geschäftsordnungskommission erfolgen.

## Die Expatriierungsvorlage.

Es sind in diesen Tagen 25 Jahre her, daß die Sozialdemokratie Anstalten traf — und zwar höchst erfolgreiche Anstalten —, einem preussischen Minister den Garaus zu machen. Oder richtiger gleich zweien. Denn das neben dem Polizeiminister Puttkamer auch der Reichskanzler Bismarck gleich viel auf dem Gewissen hatte, so sorgte die offiziell gedähtete Partei dafür, daß auch der Herr des Jahrhunderts unmöglich wurde. Im Kriege legt man nun einmal auf einen Schelmen anderthalbe; und weil die Bismarck und Puttkamer Ende 1887 nichts Beringeres vorhatten, als etliche hundert Arbeiterführer im buchstäblichen Sinne des Wortes vaterlandslos zu machen, so war es schon vom Standpunkte der Selbsterhaltung aus nicht mehr als recht und billig, daß die Bedrohungen ihnen Angreifern ein wenig zukommen.

Allen Verbindungsverböden zum Troz waren die Einladungen zum Parteitag in St. Gallen in aller Öffentlichkeit ergangen, und der Parteitag selbst hatte den Polizeirepressilien von neuem die gesunde Existenz der ausnahmsweise verfolgten Sozialdemokratie offenbart. In ihrer Wit hielten Bismarck und Puttkamer jetzt zu einem besonders genialen Streich aus. Die offiziellen Handlungen erhielten Ende November 1887 Befehl, die Öffentlichkeit auf die neue Regierungstaf vorzubereiten; und so führte denn die Schweinburgische Korrespondenz in langen Artikeln den seit je so sehr beliebt gewesenen Nachweis, daß zwischen Sozialismus und Anarchismus kein Unterschied sei, daß aber jetzt die Regierung zur Vertilgung beider „Sicherheitsmaßnahmen treffen müsse und sollten sie auch in der Verschärfung eines Ausnahmegegesetzes bestehen“.

Damit war aller Welt das wertvolle Zugeständnis gemacht, daß das 1878 geschaffene Sozialistengefetz trotz den erweiternden Auslegungen, mit denen dienstfertige Richter bei der Hand waren, keinen Zweck bezweckt und den Panfrott der Gewaltpraxis herbeigeföhrt hatte. Statt nun aus dieser Tatsache die Lehre zu ziehen, daß Polizisten und Staatsanwälte gegen geistige Bewegungen machtlos sind, glaubten Bismarck und Puttkamer, daß man erst recht mit der Polizeifust daraufloschlagen müsse, und sie präsentierten dem Reichstage die berichtigte Expatriierungsvorlage. Dieser Gesetzentwurf sollte nicht nur die Strafen für Verbreitung verbotener Druckschriften unerhöht verschärfen, sondern auch die sozialdemokratische Agitation dadurch vollends unterbinden, daß Personen, welche sich die Agitation „zum Geschäft machten“ und deswegen bereits bestraft waren, infort nicht unter 2 Jahren Gefängnis erhalten und überdies eine Einströfung ihres Aufenthalts erleiden sollten. Das Unerhörte aber war, daß die Gerichte weiter gegen sozialdemokratische Agitatoren die Entziehung der Staatsangehörigkeit ausprechen sollten, womit der Polizei das Recht gegeben war, den Verurteilten aus dem Reiche auszuweisen, ihn heimatlos zu machen. Die Beteiligung an sozialdemokratischen Versammlungen gleich dem Parteitage von St. Gallen sollte ebenfalls mit Gefängnis und Entziehung der Staatsangehörigkeit geahndet werden.

Den Schimpf eines solchen Gesetzes galt es denn doch, wo das Sozialistengefetz den deutschen Namen schon arg befeckt hatte, vom Reich abzuwenden. Und dies gelang, trotzdem der Reichstag, der am 21. Februar 1887 gewählt worden war, den Bismarck und Genossen im übrigen alles Mögliche zu Gefallen tat. Als nämlich am 27. Januar 1888 die Expatriierungsvorlage im Reichstage auf der Tagesordnung stand, erhob sich Singer und führte an der Hand amtlicher Dokumente den Nachweis, daß ein preussischer Polizeigent, Schröder mit Namen, Dynamit auf gekauft und Verbrechen hatte arrangieren helfen, bei denen mehrere Menschen ihr Leben eingebüßt und die dann der österreichischen Regierung den Anstoß zur Einführung eines Anarchistengesetzes gegeben hatten. In amtlicher Eigenschaft beständige der Untersuchungsrichter und Polizeihauptmann Fischer in Jürich dem sozialdemokratischen Abgeordneten, daß der verbrecherische Agent auf Anweisung des Polizeirats Krüger in Berlin 250 M. Monatslohn erhalten; außerdem lieferte der Richter für viele andere Tatsachen, die die preussische Polizei auf das äußerste bloßstellten, unansehnliche Belegstücke. Insbesondere wurde noch festgestellt, daß der Polizeigent Schröder auch für den Druck des huttrünstigen Anarchistenblattes Freiheit das Geld hergegeben hatte. Mit diesen Feststellungen, die selbstverständlich im ganzen Reiche ungeheures Aufsehen erregten, war die damalige preussische Polizeiwirtschaft gerichtet. Es war offenbar geworden, daß zwar nicht Sozialismus und Anarchismus, wie die offiziellen Feeder im Auftrage der Regierung hatten schreiben müssen, sondern Polizei und Anarchismus nicht voneinander zu trennen waren.

Mit der Konstatierung dieser Tatsachen durch einen sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten war die Expatriierungsvorlage wertlofes Papier geworden. Denn einer Regierung, die betartige Stücke auf dem Herdholz hatte, mocht selbst ein gefügiger Reichstag keine stärkeren Nachtmittel in die Hand geben. Noch einmal ward das Sozialistengefetz in seiner bisherigen Gestalt verlängert, doch war durch die Polizeiblagungen diesem Gesetz und seinen Urhebern ein unverwindbarer Stoß versetzt worden. Ein paar Monate gingen ins Land, und der inzwischen zur Regierung gekommene Kaiser Friedrich jagte den Puttkamer davon. Zwei Jahre später hatte mit dem ganzen Sozialistengefetz auch dessen Urheber Bismarck seine Rolle ausgespielt.

am Montag wird Bethmann-Hollweg im Reichstag über die Teuerung des Fleisches sprechen.

Durazzo wurde die Unabhängigkeit Albanien

Die Türkei besteht darauf, das Land hinter der Linie Saloniki zu behalten.

Der spanische Polizeipräsident wurde durch einen

Ein Berliner Mädchen wurde erkrankt mehrere Kinder

an die Entstehungsgeschichte des § 12 des Fleisch-